

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

235 (9.10.1920) Zweites Blatt

Gemeindepolitik

Der Zentralverband der Gemeindebeamten Badens

Der Zentralverband der Gemeindebeamten Badens hat einen Tätigkeitsbericht über das erste Jahr seines Bestehens herausgegeben. Nachdem im August vorigen Jahres der Verband der Stadt-Beamten die hauptamtliche Art der Gemeindeverwaltung beschlossen, wurde gemeinsam mit dem Zentralverband der Gemeindebeamten Badens ein Ausschuss für die Organisation der Gemeindeverwaltung gebildet. Der Erfolg innerhalb des ersten Geschäftsjahres, hat gezeigt, daß man den richtigen Mann gefunden hat. Der Ausschuss hat die ungeheure schwierige Arbeit der Organisation der Gemeindeverwaltung beinahe reiflos durchgeführt und es verstanden, durch den Besitz eines Stabes von Mitarbeitern eine musterhafte, opferbereite Organisation zu schaffen. Was das heißt, zeigt schon, daß in Baden die Beamten von 1881 Gemeinden, darunter große Städte und ganz kleine Landgemeinden, im Zentralverband der Gemeindebeamten zusammengefaßt werden und es galt, die vorhandenen teilweise zerstreuten Widerstände zu überwinden. Die Mitgliederzahl betrug zu Ende des Jahres 15 000 und dürfte in der nächsten Zeit die Zahl 20 000 erreichen.

Das Finanzgebahren des Zentralverbandes hat in den letzten Monaten des Berichtsjahres einen solchen Umfang angenommen, daß ein eigener Rechner in der Person eines bewährten früheren Stadtrechners angestellt wurde. Der Umsatz betrug über 5 Millionen Mark.

Sobald die Organisation genügend gefestigt und zu einer Gemeindefürsorge gewerkschaftlich ausgebaut war, wurde mit der Aufstellung eines Einheitsstarfs die perenniäre Lage der Gemeindebeamten, die besonders in den Landgemeinden fast durchweg eine trostlose war, zu verbessern begonnen. Anstatt die Beamten in die Reichs- und Landesbesoldungsordnung zu werfen, wie bei der Volksvertretung, die Erhaltung eines Gehaltes über die Besoldung der Gemeindebeamten gebietet, deren Notwendigkeit dann auch seitens der gesetzgebenden Faktoren unseres Landes eingesehen, so daß das Gehalt am 1. Juni 1920 auf 100 % stand. Hierdurch ist den Gemeindebeamten die Möglichkeit gegeben, im Falle der nicht genügenden Besoldung durch die Gemeinden sich an die durch das Gesetz geschaffenen Bezirkserschließungsausschüsse und als Reklamationsinstanz den Landesbesoldungsausschüssen zu wenden. Der Entwurf der neuen Gemeindeordnung, die nächsten den Landtag beschäftigen wird, ist die Einrichtung der paritätischen Schlichtungsausschüsse veranlaßt.

Weiter hat der Zentralverband bei der Gestaltung des Entwurfs des Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Landgemeindefürsorgebeamte, durch das alle hauptamtlich beschäftigten Gemeindebeamten Mitglieder der Fürsorgekasse werden sollen, hervorragend mitgewirkt. Der Entwurf hat dadurch den Gemeindebeamten wesentliche Vorteile gesichert.

Außerdem stehen dem Verbande noch große Aufgaben bevor. Wir wollen hierbei nur an die gerade in den Landgemeinden so wichtige Ausbildung der Gemeindebeamten erinnern, die angesichts der Erfordernisse der Neuzeit unbedingt nötig erscheint. Die Organisation muß hier gemeinsam mit den Gemeinden an der Erleichterung der gesamten Gemeindefürsorge mitwirken und die hierfür aufzuwendenden Mittel werden den Gemeinden geradezu wuchernd einbringen. Auch in der Selbsthilfe bei der Beschaffung von Arbeitskräften und Schülern kann der Zentralverband, ähnlich wie andere Organisationen, sich betätigen. Es wird dann Sache der Mitglieder sein, ihn hierbei durch reichen Nachschub zu unterstützen.

Ferner ist beabsichtigt, einen kommunalverlag zur Beschaffung sachmännischer Vordrucke für die Gemeinden zu errichten. Dem Verbandsorgan soll eine vierseitige Zeitschrift, „Der Gemeindebeamte“, beigegeben werden. Für erhaltungsbedürftige Gemeindebeamten sollen Erholungsreisen geschaffen werden, in denen sich die höchsten und besten Beamten ihrer Verbände zur ferneren Tätigkeit stärken können.

Die Gemeindebeamten, insbesondere aber diejenigen der Landgemeinden, können mit der Tätigkeit des Zentralverbandes der Gemeindebeamten voll und ganz zufrieden sein und dürfen hoffen, daß in den kommenden Jahren noch manches zur Hebung ihrer geschäftlichen und pekuniären Lage geschaffen wird. Allerdings bedarf es hierzu der Mitwirkung und Geschlossenheit aller. Weg mit den kleinlichen Kränkeln der einzelnen Besoldungsgruppen, den Blick aufs Ganze gerichtet und Vertrauen zur Verbandseitung, dann wird großes erreicht werden können, dafür bürgen die Person des Verbandsdirektors und der Erfolg des ersten Jahres.

Bewerkschaftliches

Reichsstarif für die badischen Staatsangestellten

Der Zentralverband der Angestellten schreibt: Am 6. Okt. konnten nach erneuten Verhandlungen mit dem Herrn Finanzminister die vielwöchentlichen Sitzungen endlich abgeschlossen und der Reichsstarif für die im badischen Staatsdienst beschäftigten Angestellten unterzeichnet werden. Durch den in Berlin getätigten Reichsstarif waren den badischen Organisationsvertretern von vornherein die Hände gebunden und mußten wir unsere Bemühungen in der Hauptsache darauf richten, die Vergütungsgruppenfrage möglichst günstig zu gestalten und die Rückzahlungsbedingungen des seit 6 Monaten erlassenen Vorschusses zu erleichtern. Diese schwierigen Verhandlungen gelangen denn auch in einer Weise, daß alle einschlägigen Kollegen die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß ein Uebereinkommen erzielt wurde, wie es auf irgend eine andere Weise nicht hätte überholt werden können. Aber nicht nur das: schiedliche Momente bildete ausschließlich den Gegenstand der Verhandlungen, sondern auch die sozialen Bestimmungen des Vertrages, insbesondere die Einreichungsfrage in die Gehaltsliste, die Anrechnung der Dienstjahre, sowie die Gleichstellung kriegsrentenbedingten Ledigen, die den Unterhalt ihrer Familie ganz oder zum Teil mitbestreiten müssen, mit den Verheirateten, bildeten von Stoff stundenlangere Verhandlungen. Ferner wurde ein vereinfachtes Tarifamt als Schlichtungsinstanz bei Streitigkeiten, wie überhaupt bei sämtlichen Streitfragen aus diesem Tarif gebildet, das sicherlich manche der auftretenden Differenzen im gegenseitigen Einverständnis schlichten wird.

Den Angestellten selbst wird dieser Erfolg der Organisationsarbeit ein Beweis sein, daß nur der gewerkschaftliche Zusammenhalt in der Lage ist, eine materielle und soziale Verbesserung der Angestelltenschaft durchzuführen.

Wirtschaftspolitische Rundschau

Brüsseler Konferenz — Der Zentralverband des deutschen Großhandels — Die Reichswirtschaftsbank — Zunahme der Arbeitslosigkeit — Kartoffel- und Fleischversorgung

Die Brüsseler Konferenz ist ausgefüllt mit zum Teil sehr verständigen Erklärungen darüber, wie die europäischen Staaten infolge des Krieges ihre Finanzen in Unordnung gebracht, welche Maßnahmen für die Geldwertberichtigung als maßgebend benannt werden können; es fehlte nicht an guten Ratsschlägen, wie man sie einem Leichtfertigen, der mit seinem Vermögen verschwenderisch umgegangen ist, erteilt, sei künftig sparsam, wenn du wieder aufkommen willst. Das ist schon recht, aber die Schulden haben sich so angehäuft, daß mit Arbeit und Sparsamkeit allein weder uns noch den andern in derselben Finanzlemme Steden die rechte Hilfe geboten wird. Wie nicht anders zu erwarten, haben sich die Vertreter der Staaten, die etwas zu vergeben haben, mit zugeknöpften Lippen gezeigt und wir müssen abwarten, ob die Konferenz überhaupt zu einem praktischen Ergebnis kommt. Aber selbst dann bleibt bis zur Durchführung noch eine unheimliche Aussicht. — Die Situation ist für uns um so übler, als immer noch keine Aussicht besteht, nach dem Osten unsere Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Solange der Krieg noch wütet, ist an ein wirtschaftliches Aufkommen in Rußland und Polen nicht zu denken und selbst der Friedensschluß würde auch nur im langsamsten Tempo die verminderten Produktionsmengen zum Aufblühen bringen. Diese Gebundenheit des Ostens wäre die Voraussetzung auch für unsere Erholung, denn wir brauchen den Austausch der deutschen Waren mit dem Ueberfluß an Lebensmitteln, die der Osten hervorbringen kann und die er uns vor dem Kriege in diesem Ausmaß bot. Dazu gehört allerdings auch eine ruhige politische Entwicklung in diesen Ländern, für die wohl heute niemand die Garantie übernehmen könnte.

So werden wir wohl oder übel mühsam gegen alle Unbill ankämpfen müssen, um uns, so gut es geht, durchzuschlagen. Leider gibt es immer noch Leute, die aus den einseitigen Vorgängen nichts zu lernen vermögen. So empfindet der Zentralverband des deutschen Großhandels auf seiner Tagung im Anschluß an die Frankfurter Messe, die Freigabe der Ein- und Ausfuhr. Eine solche unverständige Forderung wird gestellt zu einer Zeit, wo die weitere Entwertung unseres Geldes im Ausland nicht zuletzt durch eine übermäßig viel zu frei gestellte Einfuhr verursacht ist. Diese Interessenten haben nur immer ihren unmittelbaren Vorteil im Auge, das Gesamtwohl liegt ihnen fern. Die Handelsfreiheit hätte uns gegenwärtig die Krise nur verschärft, um uns im Ausland um jeden Kredit zu bringen; insofern auf Einfuhr wäre der Rat zur Sparsamkeit angebracht.

Die Wirtschaftskrise hat die Frage der leichten Kreditgewährung für die Industrie wieder in die Erörterung gebracht. Eine solche kann nicht durch Gewährung von Krediten für Industrie beseitigt, nicht einmal mildern, weil es sich nicht um eine Unterbindung der Produktion, sondern der Konsumtion handelt. Die Forderung heißt: Senkung der Preise, um bei einer zunehmenden Kaufkraft die Nachfrage nach Waren zu steigern. Aus dem Grunde sind auch alle Mittel, die bei der sogenannten produktiven Arbeitslosenunterstützung zur weiteren Anknüpfung von Warenbeständen dienen würden, bezüglich aufzuheben. Anders sind natürlich Wege, oder Kanalarbeiten, Oedlandkultur und der Bau von Wohnstätten zu betreiben.

Daß die Preisfrage für Industrieerzeugnisse viel zu hoch geschnitten ist, lassen die Geschäftsschlüsse in der Textilindustrie und den Hüttenwerken erkennen. Aufsehen hat der Abschluß der Laurahütte erregt, der in diesem Jahre mit einem Höhepunkt von 60 Millionen Mark erscheint gegen einen Verlust im Vorjahre

von 65 Mill. Mark. Die Aktionäre erhalten in diesem Jahre 20 Prozent Dividende.

Die Erlangung von Krediten hat bei gut gestellten Unternehmungen keine Schwierigkeiten, natürlich fehlt es nicht an Unternehmungen, die große Sorge haben, wie sie bei den hohen Rohstoffpreisen ihren Kapitalbedarf decken sollen.

Vom Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Girsch, war seinerzeit empfohlen, mit Unterstützung der Industrie eine Reichswirtschaftsbank zu gründen, die gegen gewisse Sicherheiten Kredite gewährt für Rohstoffe, die vom Auslande herein genommen werden und die dann in der Form von Wertgegenständen wieder nach dem Auslande gehen. Auch sonst sollen größere Transaktionen unternommen werden, für die Banken keine Kredite gewähren. Weiter war daran gedacht, die im Ausland umlaufenden Markbeträge aufzunehmen und den Besitzern verzinsliche Obligationen dafür in die Hand zu geben. Die Folge wäre, daß die im Auslande frei umlaufenden Markbeträge, die einen Druck auf die Valuta ausüben, in das Inland hinnehm genommen werden. Könnten diese Transaktionen in größerem Umfang eingeleitet werden, so müßte der Notenumlauf sich verringern. Es wäre sehr ratsam, wenn man nach dem ergebnislosen Verlauf der Brüsseler Konferenz diesem Projekt ernstlich näher träte.

Natürlich ist von den Banken sofort gegen diese Absicht Sturm gelaufen worden, und nachdem vor einiger Zeit bekannt wurde, daß der Reichswirtschaftsminister in sehr viel abgeschwächter Form die Kreditbeschaffung für die Industrie erleichtern wolle, nahmen die Banken öffentlich durch eine Erklärung Stellung. Wie es sich, wollte der Minister Scholz die nächtliche Girozentrale, die im wesentlichen Sparkassengelder zur Verfügung hatte, auch der Industrie als Kreditinstitut zur Verfügung stellen.

Eine so allgemeine Kreditöffnung mit Ausschaltung aller weiteren Ziele verlor natürlich an Bedeutung und mit Recht haben die Banken hervor, daß sie in der Lage seien, jeden Kredit zu gewähren, der eine gewisse Sicherheit als Bedingung hat. In der Tat, an Geld fehlt es den Banken nicht, aber sie werden nicht jeden Kredit gewähren, ihre Zurückhaltung ist im Hinblick auf die unheimliche Preisbildung und Geschäftslage nur zu erklärlich.

Für den Monat August gibt der Monatsbericht im Reichsarbeitsblatt eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit an. Es hat in Deutschland die Zahl der Unterhaltungsempfänger eine Steigerung um 15 907 erfahren. Das heißt, es ist die Zahl der Unterhaltung empfangenden Arbeitslosen von 408 878 auf 424 785 gestiegen. Von den Gewerkschaften wurden 5 92 v. S. ihrer Mitglieder als erwerbslos angegeben, gegen 6 v. S. im Vormonat. Bei dem niederen Stand der Valuta hebt sich die Ursache etwas, aber die Zunahme ist zu gering, um in der Gesamtwirkung stark hervorzutreten.

Die Kartoffelversorgung und die Preisfrage, die sich am freien Markt bildet, rufen in der Bevölkerung eine starke Unzufriedenheit hervor. Es muß anerkannt werden, daß in der Landwirtschaft Kreise bestrebt sind, zur Mäßigung bei der Preisforderung anzuhalten, ob es aber den verständigen Elementen gelingt, sich durchzusetzen, ist sehr fraglich. Die Vieh- und Fleischpreise sind gleich zu Beginn der Freigabe des Handels stark in die Höhe gegangen. Hält die Preisbewegung so an, dann wird der Fleischgenuß für viele Kreise der Bevölkerung vollständig unerschwinglich. Das ist das Ergebnis der freien Wirtschaft.

Erster Kongress der Betriebsräte Deutschlands

Kr. Berlin, 6. Oktober 1920.

Zweiter Verhandlungstag. Der zweite Verhandlungstag beginnt gleich wieder mit einer Mut von Geschäftsordnungsreformen, die sich gegen die Geschäftsführung, gegen die Worte Aufhänger an die Rufen, gegen die Wahl, kurz gegen alles wenden. Man sieht, es ist eine geschickt organisierte Opposition, die Gerten von Rednern stellen. Aber auch die Mehrheit schickt Leute vor, die die Antwort nicht schuldig bleiben. Endlich macht ein Schlußantrag dem ein Ende. Ein neuer Vorschlag will die Geschäftsleitung abheben und eine Neuwahl vorsehen; auch dieser Antrag wird abgelehnt, Grafmann und Aufhänger antworten demnach weiter.

Inzwischen beantragt eine Deputation der Arbeitslosen, mit beschließender Stimme als Reichsarbeitslosenrat zugelassen zu werden. Zunächst antwortet ein vielstimmiges Nein, aber schließlich werden die Arbeitslosen zugelassen.

Nachdem noch die Mandatsprüfungskommission Bericht gegeben, wird die Aussprache über die Resolution Dillferding und Wisfoll eröffnet. Es ist unendlich, jeden Redner einzeln zu Wort kommen zu lassen in unseren gedrängten Räumchen. Im großen und ganzen geht ein willensstarker Zug durch die Redner, der sich wendet gegen die Sabotage der Unternehmer, der sich einsetzt für das Ziel des Sozialismus, die Gemeinwirtschaft.

Von den Rednern aus den Betrieben wird über die Mängel der Maschinen, des Transports usw. geklagt, wodurch die Wirtschaftlichkeit viel umnützte Arbeit geleistet wird. Das Abkommen in Spa schneide den deutschen Arbeitern die Luft ab. Man wolle gern bei der Wiedergutmachung helfen, aber wenn wir arbeitslos gemacht werden, ist das Gegenteil zu erwarten. Hunderttausende von Arbeitslosen könnten mehr beschäftigt werden, wenn diese Fesseln gelöst wird. Ueber die Eisenbahn spricht ein Redner aus, daß ihre bürokratische Verwaltung schuld an dem Defizit ist.

Es geht ein Antrag von den U.S.R.-Delegierten ein, der die Arbeitsgemeinschaften rundweg ablehnt, die Gewerkschaften zum Austritt auffordert und die Arbeitgeber ermahnt, nicht weiter Ueberhörsigkeiten zu leisten, bis sie die Mitbestimmung in der Produktion und Verteilung haben. Weitere Anträge beschäftigen sich mit dem Steuerabzug, mit den Preisen für Rohstoffe usw. Demgegenüber finden Wünsche auf Lohnabbau, denen gegenüber die Betriebsräte größeren Einfluß auf die Betriebsverwaltung bekommen müssen. Weitere Anträge fordern Kontrolle der Produktion, Geschlossenheit des Proletariats zur Verwirklichung der sozialistischen Gemeinwirtschaft usw.

Seitens des Reichsarbeitslosenrates wird eine von ihnen

eingebraachte Resolution begründet, die vom Reich einschneidende Maßnahmen verlangt. Hierauf wird mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden Schluß der Debatte beschlossen. Es folgen die Schlussworte von Dillferding und Wisfoll, die auf die Anträge und Diskussionsredner eingehen. Wisfoll betont, daß der Kongress seine Tätigkeit nicht darin sehen kann, in die Politik einzugreifen, die Steuerfrage zu behandeln oder die Regierung abzusetzen zu beschließen. Wir können nur in dem Rahmen bleiben, der den Betriebsräten gezogen ist. Auch das Arbeitslosenproblem ist hier nicht zu lösen, obgleich wir im Grunde mit den Anträgen sympathisieren. Wir müssen aber versuchen, die Wirtschaft mehr und mehr unter unsere Kontrolle zu bekommen, also zu sozialisieren.

Dillferding bespricht die Schwierigkeiten, die heute noch der Sozialisierung gemacht werden und ihr sonst gegenüberstehen. Wir brauchen die politische Macht, im Interesse der Wirtschaft.

Dann wird abgestimmt. Angenommen werden die Anträge zu Punkt 1 und 2 von Wisfoll, die sich mit seinem Votum bedecken ferner eine Resolution zur Sozialisierungsfrage, in der der Kongress konstatiert, daß die Fortdauer des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu einer alten und absoluten Verelendung der arbeitenden Massen geführt hat. Nur die Ueberwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Bedarfswirtschaft führt den materiellen und kulturellen Aufstieg der Hand- und Kopfarbeiter. Zum Schluß fordert die Resolution die Betriebsräte und Gewerkschaften auf, im Verein mit den Arbeiterparteien den Sozialismus zu erstreben.

Ein Teil der Anträge wird der morgen zuwählenden Betriebsrätekommission überwiesen; dagegen wird sofort angenommen eine Sympathieresolution für die russischen Genossen. Hierzu, wie in allen anderen Entschliessungen ist der Kongress fast einstimmig.

Der Betriebsrätekongress beschloß in seiner Donnerstag-Nachmittagsitzung mit 489 gegen 354 Stimmen, außerhalb der Tagesordnung den Bericht des russischen Delegierten Kosowski über die Organisation der russischen Betriebsräte anzuhören. Kosowski erstattete hierauf diesen Bericht. Nach Schluß der Aussprache über die Aufgaben der Betriebsräte wurden die zwischen von Dillmann eingebrachten Richtlinien, sowie der Antrag Dillmann, die Forderung einer Produktionskontrolle an die Reichsregierung und Reichsregierung zu stellen, angenommen. Angenommen wurde ferner u. a. ein Antrag, die nächste Betriebsräteversammlung außerhalb Berlins stattfinden zu lassen. Der Vorschlag der Kongressleitung für den Aufbau der Betriebsräte im einzelnen wurde genehmigt. Nach einem Schlußwort von Aufhänger wurde der Kongress geschlossen.

MAGGI'S Suppen, wohlschmeckend, ausgiebig, — keine Kriegssuppen — sind wieder überall käuflich.



